

# KOMMUNAL

GEMEINDEN. GESTALTEN. ÖSTERREICH.

## RESOLUTION

Themen FAG und  
Bodenverbrauch  
**Seite 6**

## MESSE

Bilder einer  
Ausstellung  
**Ab Seite 3**

# Für jeden eine Idee zum Mitnehmen

Der 69. Österreichische Gemeindetag und die  
Kommunalmesse 2023 sind eröffnet, Aussteller  
und Delegierte trafen sich in Innsbruck.

**TAGESAKTUELLE SONDERAUSGABE**

**KOMMUNAL  
MESSE 2023**

## EDITORIAL

Liebe Leserin,  
lieber Leser,



nach fast 20 Jahren haben Gemeindetag und Kommunalmesse wieder nach Innsbruck gefunden. Mehr als 200 Aussteller präsentieren ihre bahnbrechenden Innovationen, Lösungen und Dienstleistungen. Und trotz drückender Hitze haben unzählige Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter den Weg zur Innsbrucker Messe gefunden, um die neuesten Errungenschaften der Kommunalwirtschaft zu begutachten.

Vorträge, Workshops und Tagungen boten den Besucherinnen und Besuchern die Gelegenheit, das rasante Wachstum und die vielfältigen Herausforderungen der Gemeinden hautnah zu erleben. An den Messeständen eröffnet sich ein eindrucksvolles Panorama des erweiterten Aufgabenspektrums der Kommunen. Die intensive Interaktion zwischen den Besuchern und der kommunalen Wirtschaft verstärkt den fesselnden Austausch noch weiter.

Nehmen Sie Ideen, Inspirationen und Projekte mit, die Sie zu Hause in Ihrer Gemeinde umsetzen können. Denn so gestalten wir Österreich!

**Michael Zimmer,**  
Geschäftsführer Kommunal-Verlag

## INHALT

### Kommunale Strukturen und Finanzen stärken **6**

Die Resolution des Bundesvorstands zum FAG

### Messeimpressionen **3 4 9 11**

Das Messegeschehen hautnah

### Stolperfallen in Gemeinden **8**

Die Fachtagung des FLGÖ

## IMPRESSUM

**Herausgeber**

Österreichischer Gemeindebund, 1010 Wien

**Medieninhaber**

Österreichischer Kommunal-Verlag GmbH,  
1010 Wien, Tel. 01/532 23 88, www.kommunal.at

**Hersteller** Druckerei Pircher, Ötztal

## GEMEINDETAG &amp; KOMMUNALMESSE 2023

# Neue Herausforderungen lassen sich **nur gemeinsam lösen**

Schon bei der Auftaktveranstaltung des 69. Gemeindetages in Innsbruck wurden die großen Fragen der Zeit angesprochen: Digitalisierung, Mobilität, neue Lebenswelten.

Drei Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs trafen sich Kommunalpolitiker in Salzburg zum ersten Gemeindetag. Es ging um den schwierigen Umgang mit den Besatzungsmächten, den Wiederaufbau und – schon damals – um die Frage, wie die Gemeinden einander bestmöglich helfen können. Um interkommunale Zusammenarbeit ging es auch 75 Jahre später beim diesjährigen Gemeindetag in Innsbruck – auch wenn die Herausforderungen der Gemeindepolitik heute völlig andere sind.

Wie gehen Gemeinden um mit der Digitalisierung, durch die in Zukunft wohl auch im ländlichen Raum kaum ein Stein auf dem anderen bleiben wird – im Guten wie im Schlechten? Welche Herausforderungen bringen der demografische Wandel, das Aufkommen völlig neuer Konzepte des Lebens und Arbeitens mit sich? Wie kann sich eine Gemeinde in einer zunehmend globali-

sierten Welt positionieren?

Eine der größten Gefahren sprach Florian Tursky, Staatssekretär für Digitalisierung, gleich bei der Auftaktveranstaltung in der Messehalle Innsbruck an: „In Frankreich, Deutschland und anderen Ländern sind bereits ganze Täler entvölkert“, sagte er im Gespräch mit Moderatorin Sabine Amhof. Als einen Grund dafür sieht er mangelnde Infrastruktur, die mit den Anforderungen der neuen Welt nicht mithalten kann. Auch deshalb soll die Breitbandmilliarde der Bundesregierung im kommenden Jahr deutlich aufgestockt werden, damit es auch wirklich in jedem Winkel des Landes schnelles Internet gibt. Dazu sind insgesamt 3.500 Workshops in allen Gemeinden geplant.

Dass die interkommunale Vernetzung nicht nur innerhalb der Landesgrenzen stattfinden muss, betonten der Innsbrucker Bürgermeister Georg Willi und der Tiroler Landeshauptmann Anton Mattle gleichermaßen.



Stadtfürer Willi unterstrich vor allem die Wichtigkeit des Brenner Basistunnels, der Tirol mit Südtirol verbinden soll. Bis 2032 soll die mit 64 Kilometern längste unterirdische Bahnverbindung der Welt eröffnet werden: „Dann kann ich in 45 Minuten von Innsbruck nach Bozen fahren und dort einen Cappuccino trinken“, schwärmte Willi. Wie eng die politische Zusammenarbeit zwischen den drei Teilen des historischen Tirols schon heute ist, betonte Landeshauptmann Mattle: Er verwies auf den „Dreier-Landtag“ mit Abgeordneten aus Tirol, Südtirol und dem Trentino – ein europäisches Vorzeigeprojekt. Zuletzt hatte man dort einen gemeinsamen Leitantrag zum Ausbau des Schienenverkehrs verabschiedet.

Alfred Riedl, Präsident des Österreichischen Gemeindebundes, verwies auf einen weiteren Aspekt der interkommunalen Zusammenarbeit: Schließlich biete diese den Gemeinden die Möglichkeit, voneinander zu lernen: „Man muss das Rad nicht neu erfinden.“ Der Gemeindetag sei ein „kommunales Hochamt“: um schwere Themen abzuarbeiten, aber auch, um den fruchtbaren Austausch zu zelebrieren. 🍷



**1** Innsbrucks Bürgermeister Georg Willi, Präsident Alfred Riedl, LH Anton Mattle, Tirols Gemeindeverbandschef Ernst Schöpf und Staatssekretär Florian Tursky eröffneten Gemeindetag und Messe 2023.

**2** Wenn Bürgermeister:innen in Tirol tagen, gelten eigene Regeln: ein Prost den Marketenderinnen.

**3** Wenn jeder eine Idee von der „Messe mitnimmt, machen wir die Welt ein Stück besser.“ Michael Zimmer, Chef des Kommunal-Verlags

**4** Ein frisch gezapftes Bier nach der Hitze des Tages: Diese Erfrischung war wohlverdient.

(C) Christandl

- 1 Reges Interesse beim ZVÖ
- 2 & 3 Ein Griss um den stärksten Mann der Welt am Stand von Quabus. Aber auch die Angebote wurden nachgefragt.



- 4 Sogar Energieversorger aus dem Osten waren gekommen: Burgenland Energie und die EVN teilten sich einen Stand.
- 5 Kommunale Energiesysteme Pirker hatten sich charmante Unterstützung geholt.

FOTOS J. Christandl, D. Liebl, Krisl/



**Innsbruck zeigt, was es kann.** Das ist schon der vierte Event im Juni mit Tausenden Teilnehmern“

**Georg Willi**, Bürgermeister von Innsbruck



6



7



8



9



10

6 **BAKOM** vertreibt seit vielen Jahren Kommunalmaschinen, Friedhofsbagger, Elektrofahrzeuge sowie Geräte zur Wildkrautbekämpfung.

7 **Belagerung** am Check-in-Schalter

8 **Station by Fonatsch:** Dem Licht die passende Form geben ist der Anspruch der Firma Fonatsch – und das seit über 50 Jahren!

9 **Magenta Business** begleitet Gemeinden jeder Größe auf dem Weg in die Digitalisierung.

10 **Zeit für Stärkung**

## DER BUNDESVORSTAND DES GEMEINDEBUNDES TAGT

## FAG, Grundsteuer und Bodenverbrauch dominieren Diskussion

Wie jedes Jahr zum Gemeindetag trat auch heuer wieder der Bundesvorstand des Gemeindebundes zu einer Sitzung zusammen. Themen für Diskussionen gab es genug.

Gemäß den bisherigen Gesprächen (inklusive eines bilateralen Termins mit dem Finanzminister noch am Montag vor dem Gemeindetag) skizzierte Präsident Alfred Riedl seine Einschätzung über den Stand der Verhandlungen zum Finanzausgleich ab 2024. So werde unter anderem eine Erhöhung des vertikalen Schlüssels schwierig und wohl erst ganz am Ende der Verhandlungen entschieden werden. Auch bei den Strukturfondsmitteln (derzeit 60 Millionen Euro im Jahr) dürfte eine Aufstockung kommen, nur die Höhe ist noch offen.

Die Grundsteuer war ein weiteres Thema im Rahmen der FAG-Verhandlungen. Mittlerweile zeigt sich ein klares Meinungsbild für das Gemeindebund-Modell (ein wertunabhängiges, flächenbezogenes Modell) und gegen das wertorientierte Modell des Städtebundes, das mit durchschnittlichen Marktpreisen aus Registern operieren soll.

Ein Gutachten von Prof. Verena Hörtnagl-Seidner von der Uni Innsbruck hat auch aufgezeigt, dass das Gemeindebund-Modell durchaus verfassungskonform umsetzbar ist, während das Städtebund-Modell jedenfalls im Hinblick auf die Quadratmeter-Durchschnittspreise für Gebäude verfassungswidrig zu sehen ist. Alfred Riedl drückte die Hoffnung aus, dass sich „der Städtebund angesichts des Gutachtens vielleicht endlich den Ruck geben kann, auf das Gemeindebund-Modell einzuschwenken“.

**Die neue Gemeindebund-Kampagne** „Auf uns kommt's an. Engagement in der Gemeinde zahlt sich aus“ nahm bei der Tagung ebenfalls breiten Raum ein. Ob Feuerwehr, Sportverein, Blasmusik oder Kommunalpolitik: In allen 2.093 Gemeinden arbeiten Ehrenamtliche miteinander an der Zukunft ihrer Gemeinschaft vor Ort. Das Ehrenamt ist der Kitt jeder Gemeinschaft – ein aktives Vereinsleben macht eine Gemeinde erst lebenswert. Und diese Gemeinschaft gibt es vor allem im ländlichen Raum. Ziel der neuen Kam-



FOTO/© Marschik / Gemeindebund

Der Bundesvorstand des Gemeindebundes lauscht den Ausführungen von Präsidium und Präsident Alfred Riedl.

pagne des Gemeindebundes ist es, Ehrenamt und politisches Engagement in der Gemeinde vor den Vorhang zu holen.

**Die Generalversammlung der EU-Gemeinderäte** stellt eines der wichtigsten Europathemen dar. Erstmals ist es bei diesem Gemeindetag gelungen, die EU-Gemeinderäte miteinzubeziehen, die ihre Generalversammlung im Rahmen des Gemeindetages abhalten. An der heutigen Tagung nehmen EU-Abgeordnete von ÖVP, SPÖ und Grünen teil, weshalb kommunal relevante Themen wie Wiederherstellungsverordnung, Abwasserrichtlinie oder Breitbandausbau nicht nur mit den EU-Gemeinderäten, sondern auch den Abgeordneten diskutiert werden können. Außerdem sind Vertreter unserer Schwesterverbände u.a. aus Tschechien, Deutschland und Lettland beim Gemeindetag und bei der Generalversammlung, was zeigt, dass die bilaterale Zusammenarbeit im CEMR und AdR und zwischen den Brüsseler Büros sehr gut funktioniert. 🇪🇺



Vielleicht kann sich der Städtebund angesichts des Gutachtens einen Ruck geben, **auf das Gemeindebund-Modell umzuschwenken.**“

Alfred Riedl

**RESOLUTION ZUM FINANZAUSGLEICH AB 2024**

# Kommunale Strukturen und Finanzen stärken

Der Finanzausgleich ist eine alle vier Jahre wiederkehrende Herausforderung an die politischen Vertreterinnen und Vertreter Österreichs, die Verteilung der finanziellen Mittel zu ordnen. Der Bundesvorstand des Gemeindebundes hat dazu eine Resolution beschlossen.

**A**m 1. Jänner 2024 startet eine neue Finanzausgleichsperiode. Die bisherigen Verhandlungen haben gezeigt, dass gerade die Länder und Gemeinden mit einer enormen Aufgaben- und Ausgabendynamik konfrontiert sind, die vom Gesundheits- und Krankenanstaltenbereich über den Pflegebereich bis hin zum (Elementar)Bildungs- und Sozialbereich reicht. In der derzeitigen Mittelzuteilung des verbundenen Steuersystems auf die Bundes-, Landes- und Gemeindeebene wird diesem Aufgabengefüge nicht mehr Rechnung getragen, was zu Finanzierungslücken auf regionaler und lokaler Ebene führt. Des Weiteren gibt es in vielen Bereichen dringenden Bedarf nach legislativen sowie förderpolitischen Maßnahmen des Bundes. Damit die Gemeinden in den kommenden Jahren den bestehenden wie auch den künftigen finanziellen Herausforderungen – nicht zuletzt im Bereich Energiewende, Energieeffizienz und Klimawandelanpassung – begegnen können, sollten im Paktum zum Finanzausgleich ab 2024 jedenfalls folgende Punkte verankert werden:

- **Setzen struktureller Maßnahmen im Gesundheits- und Pflegebereich**, damit die Ausgabendynamik gebremst, der akuten Personalknappheit begegnet und künftig eine flächendeckende kassenärztliche Versorgung erreicht wird.
- **Substanzielle Erhöhung des vertikalen Anteils der Gemeinden an den Ertragsan-**

**teilen** (derzeit 11,849 Prozent). Solche frischen Mittel für die Kommunen sollen teils nach der generellen Ertragsanteile-Logik verteilt und teils für einen horizontalen Ausgleich auf Ebene der Ländertöpfe der Gemeinde-Ertragsanteile verwendet werden. Ziel ist es, mit einer jährlichen Finanzzuweisung jene Bundesländer, die mit ihrem Landesdurchschnitt den österreichweiten Pro-Kopf-Durchschnitt der Fix-Schlüssel-Erträge nicht erreichen, auf diesen Wert anzuheben.

- **Erhöhung der jährlichen Strukturfondsmittel im FAG** auf 150 Millionen Euro, Evaluierung der Verteilungsschlüssel sowie laufende Valorisierung.
- **Beibehaltung der gemeinsamen Förderung der Siedlungswasserwirtschaft** (unter teilweiser Nutzung vorhandener UWF-Mittel) und Erhöhung des Neuzusage-Rahmens im UFG auf jährlich 130 Millionen Euro.
- **Verlängerung der Zweckzuschüsse für Investitionen an Eisenbahnkreuzungen** samt Beibehaltung der bisherigen jährlichen Höhe.
- **Außerordentliche Erhöhung der Kilometersätze für die Schülerfreifahrt** im Gelegenheitsverkehr um fünf Prozent im Schuljahr 2023/2024 sowie Setzen nötiger inhaltlicher Reformen im Abgeltungssystem ab dem Schuljahr 2024/2025.

- **Schaffung langfristiger Nachfolgeregelungen für die teilweise befristeten Zweckzuschüsse und Finanzzuweisungen des Bundes in der Pflege** (Entgelterhöhung, Pflegeausbildung und Community Nursing) sowie deutliche Aufstockung des Pflegefonds aus Bundesmitteln zur Berücksichtigung der Ausgabendynamik.
- **Zur Finanzierung der bestehenden und zum bedarfsgerechten Ausbau von Leistungen für Menschen mit Behinderungen** bedarf es stärkerer finanzieller Unterstützung des Bundes – insbesondere für Betreuungs- und Bildungseinrichtungen.
- **Entflechtung der Kompetenzen im Schulbereich.** Im Sinne von „Alles Personal in eine Hand“ sind die Gemeinden von der Pflicht der Bereitstellung des pädagogischen Personals in ganztägigen Schulformen zu entbinden. Die Kosten der Digitalisierung des Unterrichts sind zur Gänze durch den Bund zu tragen – insbesondere im Hinblick auf die Bereitstellung der erforderlichen Hard- und Software sowie der IT-Betreuung. Darüber hinaus sollte eine Reform des überholten Schularztwesens nach dem Gemeindebund-Modell erfolgen.
- **Da Bund und Länder die Vorgaben und Anforderungen an die elementar-pädagogischen Einrichtungen laufend erhöhen**, haben diese auch die

notwendigen Mittel dafür zur Verfügung zu stellen.

- **Erarbeitung eines beschlussreifen Gesetzesentwurfs für eine Reform der Grundsteuer B** durch Gemeindebund, Städtebund und BMF bis Ende 2024 (samt finanzausgleichsrechtlicher Begleitmaßnahmen aufgrund der zu erwartenden regional bzw. lokal unterschiedlichen Entwicklung des Mehraufkommens).
- **Die Gemeinden mit ihren rund 55.000 Gebäuden und ihrer Vielzahl an Aufgaben** dürfen in den kommenden Jahren nicht mit den enormen finanziellen Folgen von Sanierung, Heizungsaustausch, Dekarbonisierung im Verkehr etc. alleine gelassen werden. Auch im Bereich des ÖPNV in den urbanen wie auch beim Mikro-ÖV in den ländlichen Räumen stehen die Gemeinden bei Energiewende und Klimaschutz vor großen Herausforderungen. Es braucht ein deutliches Bekenntnis des Bundes, den Gemeinden namhafte Zweckzuschüsse bereitzustellen.
- Angesichts der kommenden Herausforderungen sind die Finanzausgleichspartner angehalten, **Maßnahmen wie zum Beispiel Anschubfinanzierungen, nicht vollständig abgeglichene Qualitätserhöhungen etc. hintanzuhalten**, um die Gemeinden finanziell nicht noch stärker unter Druck zu bringen.

## FLGÖ-FACHTAGUNG

# Stolperfallen in den Gemeinden

Was erwarten sich Bürgerinnen und Bürger von den Gemeindeverwaltungen? Was können Bürgermeister, Gemeindeamtsleiter und Mitarbeiter liefern und womit sind sie überfordert? Sind Politiker, die nur verwalten wollen, ebenso fehl am Platz wie Verwaltungsbeamte, die Politik machen wollen? Diese und andere Fragen beantwortete der frühere ORF-Journalist Roland Adrowitzer bei der Fachtagung des Fachverbands der leitenden Gemeindebediensteten (FLGÖ).

**B**ernhard Scharmer, Landesobmann des Tiroler Verbandes der leitenden Gemeindebediensteten, beleuchtete die zahlreichen Stolperfallen, die sich für Gemeinden in ihrer täglichen Arbeit immer wieder eröffnen. Das beginne schon bei den Kernaufgaben der Gemeinden, wie etwa dem Baurecht oder der Abhaltung von Wahlen. „Alleine das Veranstaltungswesen ist ein juristischer Hotspot“, so Scharmer. Auch der Brandschutz oder die Wegehalterhaftung würden immer wieder zu Problemen führen. Immer häufiger müssten sich Gemeinden mit zivil- und strafrechtlichen Fragen auseinandersetzen. „Eine Tiroler Gemeinde musste kürzlich Strafe zahlen, weil ein Kopfsteinpflaster im wahrsten Sinne des Wortes zu einer Stolperfalle geworden war“, berichtete Scharmer.

## Lokale Ebene genießt das höchste Vertrauen.

Roland Adrowitzer, jahrzehntelang in verschiedensten Funktionen beim ORF tätig, beleuchtete seine Erfahrung mit Gemeinden und kommunalen Verwaltungen. „Reagan, Thatcher oder Kohl haben sich nie über meine Berichterstattung beschwert. Beschwerden gab es nur auf lokaler Ebene“, berichtete er. Das sei auch logisch, denn sowohl Politik als auch Verwaltung seien in den Kommunen am unmittelbarsten spürbar. „Die Gemeinde ist verantwortlich für das Basisvertrauen in die Politik“, konstatierte Adrowitzer.

Dabei sei das Image der Gemeinden wesentlich besser als das aller anderen politischen Ebenen. Allerdings werde – alle in Gemeindeverwaltungen Tätigen wissen das – auch in den Gemeinden die Arbeit immer schwieriger. Grund sei auch hier das Thema Haftung, weil Menschen leichter bereit sind zu klagen.

**Shitstorms rauben Motivation.** Dass immer weniger Menschen Nachrichten konsumieren, sieht Adrowitzer problematisch. Vor allem auch die Tatsache, dass viele sich nur mehr auf Social Media informieren.




FLGÖ-Bundesobmann Franz Haugensteiner, Gemeindebund-Präsident Alfred Riedl, Journalist Roland Adrowitzer, Tirols Gemeindeverbandspräsident Ernst Schöpfer und FLGT-Obmann Bernhard Scharmer

Der frühere ORF-Journalist berichtete von einem Amtsleiter, der von jedem Baum, der gefällt werden muss, ein Bild auf Social Media stellt, zusammen mit einer Erklärung, warum dieser Baum umgeschnitten werden müsse. Dies, um keinen Shitstorm zu ernten.

Die Angst vor Anfeindungen auf Facebook und Co. führt bereits dazu, dass Bürgermeister ihr Amt nicht mehr ausüben wollen. Adrowitzer brachte den Mitschnitt eines Gesprächs mit einem Bürgermeister, der aufgrund der immer aggressiveren Kritik sein Amt niedergelegt hat.

Zusammen mit dem derzeit grassierenden Personalmangel warnte Adrowitzer: „Wenn es zu wenig Menschen gibt, die Arbeit machen wollen, dann können die Gemeinden ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen.“

Den immer aggressiveren Ton kritisierte auch FLGÖ-Bundesobmann Franz Haugensteiner. „Ich möchte einmal erleben, dass eine Partei etwas gut findet, das eine andere Partei vor schlägt.“ 



Die Gemeinde ist verantwortlich für das **Basisvertrauen in die Politik.**

**Roland Adrowitzer**





**Tatort:  
Gemeindetag**

Wie jedes Jahr ist der Gemeindetag Schauplatz der Vereitelung eines spektakulären Verbrechens. In der heutigen Einsatzvorführung der Cobra des BM.I. Ein Plutonium-Deal konnte vereitelt werden.



- 1 Der Plutonium-Dealer wird abgeführt
- 2 Gemeindevorstand Riedl bei der Hypo Niederösterreich
- 3 Staatssekretär Florian Tursky und Präsident Riedl beim Modell einer neuen Post-Station ...
- 4 ... und am Stand von A1.

## WORKSHOPS


# Geballtes Wissen & Know-how

Die Workshops des Gemeindetages boten wie immer Gelegenheit, das Wachstum und die vielfältigen Herausforderungen der Gemeinden hautnah zu erleben.

## DIGITALE BARRIEREFREIHEIT Tipps für Gemeinden

Daniela Friedle von der „Ombudsstelle Barrierefreies Internet“ des Amtes der Tiroler Landesregierung berichtete auf der Kommunalmesse über die Schwierigkeiten, mit denen die Gemeinden beim Bereitstellen von barrierefreien Inhalten



konfrontiert sind. Eine barrierefreie Webseite oder mobile Anwendung ist technisch so gestaltet, dass alle Menschen sie gut nutzen können. Jede und jeder profitiert von einer klaren Struktur, guten Kontrasten und einer einfachen Bedienbarkeit. Wie formuliert man Alternativtexte für Bilder? Wie schreibt man ein barrierefreies E-Mail? Und wie überprüft man, ob ein Dokument barrierefrei ist? Diese und weitere Fragen werden unter [www.digital-barrierefrei.tirol.gv.at](http://www.digital-barrierefrei.tirol.gv.at) beantwortet. 

**Daniela Friedle, MA, vom Amt der Tiroler Landesregierung gab Tipps für die digitale Barrierefreiheit in Gemeinden.**



Ein Anliegen der Post ist es, **„dass Briefkästen attraktiver werden.“**

**Alois Mondschein,**  
Leiter des Zentralen Partnermanagements,  
Österreichische Post AG

## DIE POST IST IM HERZEN DER GEMEINDEN

### 24-Stunden-Abholung erwünscht


„Die Post ist im Herzen der Gemeinden.“ Das war das Motto von Martin Wolf und Alois Mondschein, die die Leistungen der Post präsentierten. Mit dem Projekt „Landpartner“ wird das Angebot an Postpartnern ausgebaut. In Gemeinden, in denen es keine Post und keinen Nahversorger gibt, wird versucht, gemeinsam mit Lebensmittelketten neue Standorte zu finden. Ein Anliegen der Post ist es, dass Briefkästen attraktiver werden und von den Bewohnern auch richtig beschriftet werden, damit Sendungen richtig zugestellt werden können. Für Wohnbaugenossenschaften gibt es dazu ein Angebot, das aus Briefkastenanlagen, einer Paketbox und einem Behälter zur Entsorgung von unerwünschter Werbung besteht. 

**Als Reaktion auf die Kundenwünsche werden die 24/7-Lösungen der Post verdoppelt.**



## WORKSHOPS

### Kommunikation in Gemeinden

GemeindeTV wurde vor drei Jahren gegründet und unterstützte zuerst die Stadtgemeinde Wieselburg bei ihrer Kommunikation mit den Bürgern. Mit den drei „E“s Echtheit, Einfachheit und Emotion können Gemeinden nicht nur Fakten vermitteln. Sie erreichen ihre Bürger zu einem weitaus höheren Grad, und da ganz besonders die Jugendlichen. Mehr Infos auf [www.gemeindetv.at/akademie](http://www.gemeindetv.at/akademie) 



**Die Videoproduktion – immer in Quer- und Hochformat – ist das Herzstück von GemeindeTV.**



1



2

- 1 Die Energieallianz ist die gemeinsame Handelsgesellschaft von Landesenergieversorgern
- 2 Ein Schokobrunnen ist immer beliebt
- 3 Magdalena Milewski von Innofit führt ihre Sportgeräte vor.

(C) Christandl

(C) BLEND&TIROL



3



4

- 4 Klassische Vespa am Stand von Spar
- 5 FRC bietet Kommunalfinanzierungen
- 6 Rentokil hilft bei Schädlingsproblemen
- 7 Einmal eine Drohne testen

(C) Liebli Daniel



5



6



7

(C) Liebli Daniel



## Die Gala der Kommunalmesse

Mondäne Atmosphäre, gediegene Gesellschaft: Erstmals fand die Gala des Kommunalverlags im Rahmen der Kommunalmesse statt. Rund 250 Delegierte aus den Gemeinden trafen sich zum Austausch in Innsbruck.



1 Die Innsbrucker Kommunalbetriebe zeigten ebenfalls ihre Angebote – Alfred Riedl und Ernst Schöpf lauschten aufmerksam.

2 Immer Zeit für ein Gespräch mit Amtskollegen: Bürgermeister Alfred Riedl plaudert auch im Stress mit Amtskollegen aus ganz Österreich.

3 Die Unternehmen der ENERGIE ALLIANZ Austria begleiten 3 Landeshauptstädte, 5 Statutarstädte, 88 Stadtgemeinden, sowie 656 Gemeinden durch die Herausforderungen der Energiewende.